

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe Juli 2022: Themen im Bund

Lauterbach für telefonische Krankmeldung

Nach Ärztevertretern setzt sich auch Bundesgesundheitsminister Lauterbach für eine Wiedereinführung der telefonischen Krankschreibung ein. Die Sieben-Tage-Inzidenz sank leicht und liegt knapp unter der 700er-Schwelle. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach befürwortet die Möglichkeit telefonischer Krankschreibungen bei einigen Erkrankungen. Die Rückkehr zu dem Verfahren solle "bald beschlossen werden", twitterte der SPD-Politiker. "Bei den hohen COVID Fallzahlen brauchen wir nicht die Infektionen in die Praxis zu tragen."

Die telefonische Krankschreibung war wegen der Corona-Pandemie bis zum 31. Mai möglich. Seit dem 1. Juni müssen Patienten für eine Krankschreibung wieder in die Praxis oder in eine Videosprechstunde gehen.

Entschieden wird über solche Regelungen im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) des Gesundheitswesens. Das Gremium ist mit Vertretern der Ärzteschaft, der Krankenkassen und der Krankenhäuser besetzt und entscheidet über die Leistungen der gesetzlichen Kassen und Regeln wie bei der Krankschreibung. Nach Angaben einer Sprecherin des Gremiums ist eine Rückkehr zur Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung möglich. In dem Gremium sei im Frühjahr intensiv diskutiert worden, "ob es richtig ist, die bisherigen Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung Ende Mai 2022 vorerst auslaufen zu lassen", sagte sie der Nachrichtenagentur dpa. Alle Träger des G-BA und damit auch die KBV als Vertretung der Ärzteschaft seien sich damals einig gewesen, dass solche Sonderregeln wegen des damals ruhigeren Pandemie-Geschehens zurückgenommen werden konnten.

Zuvor hatten Ärztevertreter gefordert, dass eine telefonische Krankschreibung für bestimmte Patienten dauerhaft möglich sein soll. "Wir wollen ermöglichen, dass die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte unabhängig von der Corona-Pandemie bekannte Patientinnen und Patienten telefonisch krankschreiben können", sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Stephan Hofmeister. Der Vorsitzende des Deutschen Hausärzterverbands, Ulrich Weigeldt, nannte es angesichts zahlreicher Fälle von Erkältungs- und Corona-Erkrankungen "ein echtes Ärgernis", dass die Möglichkeit zur telefonischen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit nicht in die Regelversorgung übernommen worden sei.

Die Corona-Lage bleibt in der derzeitigen "Sommerwelle" angespannt. Das Robert Koch-Institut (RKI) gibt die Sieben-Tage-Inzidenz mit 691,8 an. Am Vortag hatte der Wert der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche bei 702,4 gelegen. Allerdings liefern die Zahlen nach Expertenmeinung kein vollständiges Bild der Infektionslage. Sie gehen von einer hohen Zahl

nicht vom RKI erfasster Fälle aus - vor allem weil bei weitem nicht alle Infizierten einen PCR-Test machen lassen. Nur positive PCR-Tests zählen in der Statistik. Zudem können Nachmeldungen oder Übermittlungsprobleme zur Verzerrung einzelner Tageswerte führen.

Ein Großteil der Patientinnen und Patienten mit Long-Covid-Symptomen war vor der Virusinfektion bereits wegen Vorerkrankungen in ärztlicher Behandlung. Dies berichtete die "Bild" unter Berufung auf eine Datenauswertung des Zentralinstituts der Kassenärztlichen Versorgung (ZI). Demnach litten 96 Prozent der Patienten mit Long Covid zuvor beispielsweise an Atemwegserkrankungen oder Übergewicht. Das ZI hat dem Bericht zufolge im kassenärztlichen Bereich 2021 rund 880.000 Fälle von Long-Covid registriert. Zwei Drittel der Patienten waren nach spätestens einem Quartal beschwerdefrei - nur ein Prozent der Fälle Verlauf komplex und langwierig.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krankschreibung-lauterbach-corona-101.html>

Einbürgerung im Schnellverfahren

Russlands Präsident Putin hat allen Ukrainern angeboten, sich im Schnellverfahren einbürgern zu lassen - bisher galt dies nur für Bürger einiger Regionen. Kiew verurteilte das Dekret als "weiteren Eingriff in die Souveränität". Moskau hat allen Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine angeboten, sich im Schnellverfahren einbürgern zu lassen. "Alle Bürger der Ukraine haben das Recht, die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation nach einem vereinfachten Verfahren zu beantragen", hieß es in einem Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Ende Mai hatte Putin die Einbürgerung per Schnellverfahren für die zwei Großteils von Russland besetzten südukrainischen Regionen Cherson und Saporischschja beschlossen. Dort arbeiten die russischen Besatzungsbehörden nach eigenen Angaben bereits an einem Referendum über einen Anschluss an Russland. Für Bewohner der von pro-russischen Separatisten besetzten selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk ist bereits seit 2019 eine beschleunigte Einbürgerung möglich. Angaben des russischen Innenministeriums von Mitte Juni zufolge hat Russland so innerhalb von drei Jahren mehr als 800.000 neue Staatsbürger im Donbass hinzugewonnen. Die Angabe ließ sich nicht unabhängig überprüfen.

Ukrainische Behörden werfen Moskau vor, Menschen in die russische Staatsbürgerschaft zu drängen, und befürchten eine Annexion der besetzten Gebiete. Die Vergabe russischer Pässe ist auch deshalb brisant, weil Russlands Militärdoktrin Einsätze rechtfertigt, wenn es um den vermeintlichen Schutz eigener Staatsangehöriger geht. "Weiterer Eingriff in Territorialität" Das jüngste Dekret Putins stieß in der Ukraine auf entsprechend großen Widerstand. "Mit Nachdruck" werde der Erlass verurteilt, hieß es in einer Mitteilung des Außenministeriums in Kiew. Es handele sich um "einen weiteren Eingriff in die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine". Das Vorgehen bestätige darüber hinaus "die Fortsetzung des Kreml-Kurses, ukrainisches Land zu erobern, den ukrainischen Staat zu zerstören und die ukrainische Nation zu assimilieren". Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba forderte vor diesem Hintergrund einmal mehr die Lieferung weiterer schwerer Waffen aus dem Ausland und härtere Sanktionen gegen Russland.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-ukraine-staatsbuergerschaft-101.html>

Botschaft der "Volksrepublik Donezk" eröffnet

In Moskau wurde die Botschaft der selbsternannten "Volksrepublik Donezk" eröffnet. Dabei blieb der geplante Pomp zwar aus. Russland treibt mit dem Schritt die Abtrennung der Donbass-Regionen aber weiter voran.

Still wehte die schwarz-blau-rote Fahne der selbsternannten Volksrepublik Donezk im leichten Wind. Vor dem mehrstöckigen Gebäude, an dem auch schon die Plakette der neuen Botschaft prangte, warteten Kamerateams und Fotografen auf die groß angekündigte, feierliche Eröffnung. Vergebens. Erst am Abend erklärte die Außenministerin der nur von Russland und Syrien anerkannten Republik:

In Anbetracht der Umstände - denn buchstäblich heute, vor wenigen Stunden, sind in Gorlovka zwei weitere Menschen gestorben und sieben Menschen verletzt worden - haben wir unsere diplomatische Vertretung heute einfach im Arbeitsmodus eröffnet - in der Erkenntnis, dass es notwendig ist, mit der vollwertigen Arbeit zu beginnen. Das heißt, ab heute gilt die Botschaft als eröffnet.

Eigentlich sollte der russische Außenminister Lawrow zur Eröffnung in Moskau kommen. Und auch internationale Gäste waren geladen - aus Syrien und den von Georgien abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien. Dass die Eröffnung der Botschaft stattdessen in aller Stille ablief, ändert aber wenig an dem Signal, das damit von Moskau ausgeht. Russland ist nicht nur bereit, die Donbass-Regionen finanziell und militärisch zu unterstützen, sondern ebenso ihre quasi-staatlichen Strukturen weiter mit auf- und auszubauen - und damit auch ihre Abspaltung von der Ukraine weiter voranzutreiben.

Als Wladimir Putin am 21. Februar die seit 2014 von prorussischen Separatisten besetzten Gebiete als unabhängige Republiken anerkannte, bezeichnete er es als "seit langem gewachsene Entscheidung". Nur Tage später schickte der Kreml im Rahmen seiner sogenannten "Militärischen Spezialoperation zum Schutze des Donbass" Soldaten in die Region. Bald darauf folgten auch Beamte. Noch unklar, wie das Signal der Botschaft zu werten ist inzwischen sind vier Ministerposten in Donezk mit Personen besetzt, die zuvor in Russland für Regionalverwaltungen oder Ministerien gearbeitet haben. Vitali Hozenko, der Anfang Juni zum neuen Premierminister der "Donezker Volksrepublik" ernannt wurde, ist zwar gebürtiger Ukrainer - kommt aber ebenfalls aus der russischen Politik, arbeitete zuletzt für das Ministerium für Industrie und Handel. Als eine seiner Hauptaufgaben, beschrieb der 36-Jährige kurz nach seinem Amtsantritt:

...die Synchronisierung der Gesetzgebung der Donezker Volksrepublik mit der Russischen Föderation, damit wir problemlos zusammenarbeiten können und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Gang bringen können. Außerdem arbeiten wir mit den russischen Regionen zusammen. Viele von ihnen, de facto jede Region der Russischen Föderation hilft uns.

Unklar bleibt, ob all dies als Vorbereitung für einen möglichen Anschluss der Donbass-Regionen an Russland betrachtet werden muss. Oder ob die gestrige Eröffnung einer offiziellen diplomatischen Vertretung eher darauf hindeutet, dass man in Moskau zwar gern auch die politische Kontrolle über die selbsternannten Volksrepubliken ausweitet, aber nicht zwingend die volle Verantwortung für die aus Kreml-Sicht "souveränen Staaten" übernehmen möchte.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/donezk-botschaft-russland-ukraine-krieg-101.html>

Weitere Themen als Link:

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/cyberabwehr-101.html>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/gasversorgung-habeck-101.html>